



Brasilien im Sojarausch
Präsident Lula setzt auf den Anbau von Agrotreibstoffen. **SEITE 8**



Geschichte
Stauer

Eine Ausstellung in Mannheim zeigt die Dynastie in neuem Licht. **SEITE 10**

Spezial Die Hungerfalle

Vor zehn Jahren beschloss die internationale Gemeinschaft, die Armut in der Welt zu überwinden. Die Bilanz ist zwiespältig. **SEITEN 7-9**

FRAGEN AN ALEXANDER MÜLLER

„Es mangelt an politischem Willen“

WELTERNÄHRUNG Um neue Aufstände zu verhindern, muss mehr in Landwirtschaft investiert werden

Rheinischer Merkur: Ist nach der Flutkatastrophe in Pakistan das erste Millenniumsziel noch zu erreichen?
Alexander Müller: Auch ohne Pakistan ist dieses Ziel sehr schwierig bis gar nicht zu erreichen. Die Zahl der hungernden Menschen ist heute absolut gesehen höher als im Jahr 2000, als die Millenniumsziele verabschiedet wurden. Zurzeit sind 14 Prozent der Weltbevölkerung chronisch unterernährt oder leiden Hunger. Das Ziel ist, diesen Anteil auf acht Prozent herunterzudrücken. Mit dem jetzigen Tempo werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Pakistan ist ein klares Signal dafür, dass Naturkatastrophen die Bekämpfung von Hunger und Armut in Zukunft noch viel schwieriger machen.
RM: Sind die Millenniumsziele samt UN-Gipfel zum Scheitern verurteilt?
Müller: Es gibt einige Erfolge bei der Wasserversorgung und bei der Armutsbekämpfung. In China, Brasilien, Malawi und Ghana zeigt sich, dass Fortschritte möglich sind. Wenn man allerdings schaut, wie schnell gehandelt wurde, als das internationale Bankensystem in Gefahr war, offenbart sich bei der Armutsbekämpfung mangelnder politischer Wille. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisati-

berdem Erfahrungen mit Hungersnöten im eigenen Land. Europa hat Afrika nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die es braucht. Sich zu beklagen, dass andere Länder nun einspringen, reicht nicht.
RM: Muss die Förderung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern sich angesichts des Klimawandels nicht völlig neu ausrichten?
Müller: Ja. Wir brauchen eine an den Klimawandel angepasste Landwirtschaft, und das geht weit über die Verbesserung von Bewässerungssystemen hinaus. Die Länder mit dem geringsten Klimagasausstoß leiden am stärksten und am frühesten unter den Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere afrikanische Länder. Es wird dort vermehrt extreme Wettersituationen geben und die Temperaturen werden ansteigen. Leider sind die Industrieländer zurzeit nicht im ausreichenden Umfang bereit, Finanzmittel für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen.
RM: Auch die Entwicklungsländer haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht. In der Maputo-Erklärung von 2003 haben sich 44 afrikanische Länder dazu verpflichtet, bis 2008 die Investitionen in ländliche Entwicklung auf zehn Prozent des Staatshaushaltes anzuheben. Nur acht haben dieses Ziel erreicht. Sollten sich Geber aus diesen Ländern zurückziehen?
Müller: Rückzug ist doch keine Alternative und die FAO wird dies auch nicht tun. Wir unterstützen gerade in den ärmsten Ländern Kleinbauern bei der Verbesserung ihrer Produktion, denn nur so lässt sich ihre Lebenssituation verändern. Auch die Entwicklungsländer sind gefordert, ihre Investitionen in die Landwirtschaft zu erhöhen.
RM: Die EU hat angekündigt, im Rahmen der Doha-Welthandelsrunde ihre Agrarexportsubventionen bis 2013 abzuschaffen. Würde dies wirklich zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Süden führen?
Müller: Wir müssen anerkennen, dass die EU-Agrarexportsubventionen bereits deutlich gesunken sind. Aber der Abbau kommt nicht unbedingt den ärmsten Ländern zugute. Damit diese vom Subventionsabbau profitieren, muss sichergestellt sein, dass sie auch die Produktions- und Vermarktungskapazität haben, um die frei werdenden Marktlücken zu füllen. Ohne diese flankierenden Maßnahmen werden die Nischen von anderen Ländern außerhalb der EU besetzt und die afrikanischen Länder gehen leer aus. Abbau von Agrarexportsubventionen ist somit eine notwendige, aber noch keine hinreichende Maßnahme zur Förderung der Landwirtschaft in Afrika.
RM: Fürchten Sie angesichts steigender Preise neue Hungerrevolten?
Müller: Ja, die Gefahr besteht. Fehlende Investitionen in die Landwirtschaft in vielen Entwicklungsländern haben in den letzten Jahren den Nährboden für Hungerrevolten geschaffen. Naturkatastrophen können auf diesem Nährboden schnell zu sozialen Unruhen führen. Steigende Preise für Grundnahrungsmittel und Spekulation erschweren es ärmeren Ländern, sich auf den Märkten preiswert mit Getreide zu versorgen. Dennoch sind heute die Getreidelager besser gefüllt, als dies in den Jahren 2007/2008 der Fall war. Es kann also noch gehandelt werden!

Resolut: Der stellvertretende Generaldirektor der FAO fordert mehr Einsatz.



Der stellvertretende Generaldirektor der FAO fordert mehr Einsatz.

on (FAO) hat errechnet, dass man zur endgültigen Bekämpfung des Hungers zusätzliche Investitionen von ungefähr 50 Milliarden Euro jährlich bräuchte. Das ist eine Verantwortung, der sich alle 192 Mitglieder stellen müssen.
RM: Was kann die deutsche Regierung tun, um dem Menschenrecht auf Nahrung mehr Geltung zu verschaffen?
Müller: Es gibt drei Dinge, die noch zu tun sind: Erstens, die europäische Agrarpolitik muss so reformiert werden, dass sie kein Hindernis mehr für die Entwicklungszusammenarbeit darstellt. Zweitens müssen die Klimaschutzverhandlungen zum Abschluss geführt werden, denn ohne eine Einigung hier wird es viel schwieriger, das Recht auf Nahrung umzusetzen, wie die verheerenden Naturkatastrophen in Haiti und Pakistan gezeigt haben. Und drittens muss die Entwicklungszusammenarbeit stärker auf Hunger- und Armutsbekämpfung ausgerichtet werden. Es gibt für alle Regierungen noch sehr viel zu tun, wir sind noch weit vom Erreichen des Ziels entfernt.
RM: Es gibt viele Schwellenländer, die große Produzenten von Nahrungsmitteln sind, etwa Brasilien, China und Russland. Warum werden diese Länder nicht verstärkt in die weltweite Hungerbekämpfung einbezogen?
Müller: Brasilien und China haben in der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Sie sind sehr aktiv in Afrika und haben au-

Das stille Elend

ENTWICKLUNGSPOLITIK Viele mühsam erreichte Fortschritte bei der Armutsbekämpfung werden durch Kriege, Klimawandel und die Finanzkrise wieder zunichte gemacht



Vertrieben: Ohne Nahrungsmittelhilfe können die Flüchtlinge im sudanesischen Auffanglager Agok nicht überleben.

Von Astrid Prange

Ilse Aigner will nicht aufgeben. „Auch wenn die Zahlen eine andere Sprache sprechen: Wir arbeiten mit aller Kraft darauf hin, das erste Millenniumsziel, Hunger und Armut zu halbieren, noch zu erreichen“, versichert die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Zahlen sind in der Tat niederschmetternd: 925 Millionen Menschen hungern – so viel wie nie zuvor in der Geschichte des Planeten. „Das Recht auf Nahrung“, weiß Aigner, „ist das weltweit am meisten verletzte Menschenrecht.“

Die stille Katastrophe überschattet den Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen vom 20. bis 22. September in New York, an dem auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Entwicklungsminister Dirk Niebel teilnehmen. Vor genau zehn Jahren traf sich die internationale Staatengemeinschaft in der UN-Zentrale am Hudson River und versprach, im neuen Jahrtausend Hunger und Armut überwinden zu wollen. Seitdem gelten die Millenniumsziele (siehe unten) als kleinster gemeinsamer Nenner für nationale und internationale Entwicklungspolitik. Ihre Motivationskraft löste einen enormen Investitionsschub aus: So stiegen die Ausgaben der Industrieländer für globale Armutsbekämpfung von 69 Milliarden Dollar im Jahr 2003 nach langer Stagnation auf 119 Milliarden Dollar 2009 an. Deutschland erhöhte seinen Anteil im selben Zeitraum von 6,7 auf knapp zwölf Milliarden Dollar.

„Die vergangene Dekade hat Entwicklungsergebnisse von einem noch nie da gewesenen Umfang gebracht“, erklärt Eckhard Deutscher, Vorsitzender des Entwicklungsausschusses der OECD. Es gebe große Verbesserungen in China, Vietnam, Ghana, Tansania, Burkina Faso, Mali, Peru und Bolivien. Auch Jens Martens vom Global Policy Forum sieht positive Entwicklungen. Die Zahl der HIV-Infizierten, die lebensverlängernde Medikamentencocktails erhalten, habe sich in den vergangenen fünf Jahren verzehnfacht, und die Zahl der Kinder, die nicht zur Schule gehen, sei

zwischen 1999 und 2007 um 33 Millionen gesunken. Brasilien gelang es, mit seinem breit angelegten Programm „Null Hunger“ die Zahl der unterernährten Kinder zu verringern.
Doch viele mühsam erreichte Fortschritte werden durch Kriege, Naturkatastrophen, Korruption und die Finanzkrise wieder zunichte gemacht. In Pakistan versanken die Reisfelder unter enormen Wassermassen, in Haiti zerstörte das Erdbeben die gesamte Infrastruktur, und in Russland ließen Hitzewellen die Getreideernte verkümmern. In ihrem Global Monitoring Report 2010 geht die Weltbank davon aus, dass allein durch die Finanzkrise in diesem Jahr zusätzlich 64 Millionen Menschen in extreme Armut abrutschen.

Die Bekämpfung von Hunger und Armut wird in Zukunft noch schwieriger. Denn die Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel ziehen weiter kräftig an, und zwar insbesondere in Afrika und Asien. Verantwortlich dafür sind nach Einschätzung des International Food Policy Research Institute (IFPRI) unter anderem das Bevölkerungswachstum, der wachsende Fleischkonsum, die steigende Nachfrage nach Energie aus agrarischen Rohstoffen und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft.

„Die Hungerkrise ist noch lange nicht vorbei“, erklärt Alexander Müller, stellvertretender Generaldirektor der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO (siehe Interview). Für Entwicklungsländer werde es immer schwerer, sich auf den Märkten mit billigem Getreide zu versorgen, wenn sie nicht genug für den Eigenbedarf produzierten. Damit nicht genug: Die Finanzkrise führt bei Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen zu Kürzungen ihrer Etats.

In Berlin hat das Streichkonzert bereits begonnen. Das Auswärtige Amt kürzt seine Mittel für humanitäre Hilfe 2011 von 96 auf 76 Millionen Euro. Auch die Zeiten wachsender Entwicklungsetats sind vorbei. Der im Juli verabschiedete Haushalt 2011 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stagniert mit 6,073 Milliarden Euro auf dem Niveau von 2010. Da-

nach sollen die Mittel deutlich sinken. Für 2012 sind noch 5,772 Milliarden Euro eingeplant. 2013 und 2014 schrumpfen die Zuwendungen wahrscheinlich auf 5,689 Milliarden Euro.

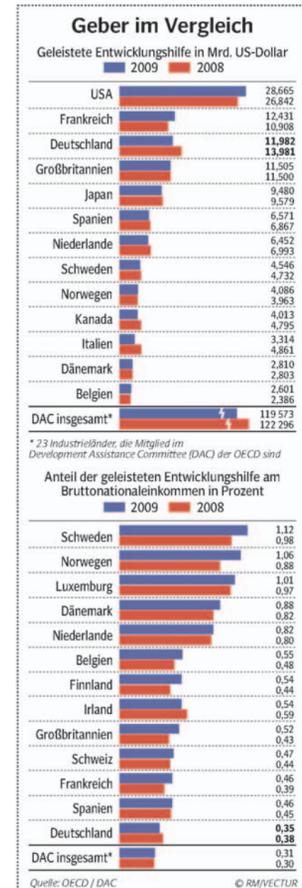
„Deutschland bricht damit seine mehrfach international bestätigte Zusage, die Mittel für Armutsbekämpfung bis 2015 stufenweise auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben“, bilanziert eine neue Studie der Welthungerhilfe (siehe Grafik). Im BMZ

ist man sich des Problems wohl bewusst: „Weil die vorgesehenen Haushaltsmittel nicht ausreichen“, heißt es in dem Haushaltsentwurf, müssten zusätzliche Einnahmen über innovative Finanzierungsinstrumente wie Emissionshandel erschlossen werden.

Doch genau in diesem Punkt wirft der grüne Bundestagsabgeordnete Thilo Hoppe der Regierung Versagen vor: „Vergangene Woche haben Großbritannien und Frankreich beim Treffen der EU-Finanzminister die Einführung einer Devisenumsatzsteuer vorgeschlagen“, erklärt er. Deutschland habe die britisch-französische Initiative, die von 50 Staaten unterstützt wird, abgelehnt. Auch Entwicklungsexperte Eckhard Deutscher hat für Sparpläne kein Verständnis. „Selbst schwer von der Krise gebeutelte Länder wie Spanien oder Irland haben klare Budgetpläne“, erklärt er. „Mit dem nötigen politischen Willen ist es jedem möglich, das Ziel zu erreichen – alles andere ist Ausrede.“

Für viele Länder im Süden zeigt sich der mangelnde politische Wille, Hunger und Armut zu überwinden, insbesondere beim achten Millenniumsziel, dem „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“. Noch immer ist die 2001 in Doha begonnene Welthandelsrunde nicht abgeschlossen, und noch immer betragen die Agrarsubventionen der Industrieländer mehr als das Doppelte der gesamten internationalen Entwicklungshilfe – 2009 waren es 253 Milliarden Dollar.

Afrikaexperte Hartwig Fischer räumt ein, dass „die Millenniumsziele nicht im angestrebten Zeitraum erreicht werden“. Die Regierung sei aber auf einem guten Weg, erklärt der CDU-Abgeordnete. Entwicklungsmminister Niebel und Bundeskanzlerin Merkel wollen in New York nach Strategien suchen, „wie die Millenniumsziele trotz Wirtschafts-, Klima- und Nahrungsmittelkrise erreicht werden können“. Niebel: „Es kommt weniger auf neue Aktionspläne, sondern auf die Umsetzung bereits bestehender Vereinbarungen an.“ Das sei eine Frage der Glaubwürdigkeit. „Die wichtigste Aufgabe überhaupt“, so Niebel, „ist es, diese Glaubwürdigkeit zu bewahren.“



Das sind die Millenniumsziele:

1. Armut überwinden

Ergebnis: Der Anteil der Menschen, deren Einkommen weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag beträgt, sank von 42 Prozent im Jahr 1990 auf 27 Prozent 2005. In absoluten Zahlen leben immer noch 2,56 Milliarden Menschen in Armut. Nimmt man den Schwellenwert von zwei US-Dollar, leidet fast die Hälfte der Weltbevölkerung unter Armut. An Hunger leiden 925 Millionen Menschen.



2. Grundschulbildung verwirklichen

Ergebnis: Die Anzahl der Jungen und Mädchen, die eine Grundschule besuchen, hat sich seit zehn Jahren um 40 Millionen Kinder erhöht. Im südlichen Afrika stieg die Einschulungsquote von 58 (1999) auf 76 (2008) Prozent. Die Zahl der Kinder, die nicht zur Schule gehen, hat sich im gleichen Zeitraum um 33 Millionen auf 72 Millionen verringert. Aufgrund Finanzkrise stehen den Entwicklungsländern 2009 und 2010 4,6 Milliarden Dollar weniger für Bildung zur Verfügung.



3. Gleichberechtigung vorantreiben

Ergebnis: Mittlerweile kommen in Entwicklungsländern auf 100 eingeschulte Jungen 96 Mädchen. 1999 waren es 91 Mädchen. Dennoch sind immer noch zwei Drittel der weltweiten Analphabeten Frauen. In der Politik hat sich der Anteil von weiblichen Abgeordneten in nationalen Parlamenten von elf (2000) auf 19 Prozent gesteigert. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen liegt in Nordafrika und Südasien nur bei neun Prozent.